AKSB
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Digitale Räume brauchen demokratische Gestaltung – AKSB unterstreicht Bedeutung von Medienkompetenz

Erklärung des Vorstandes der AKSB e. V.
zur Mitgliederversammlung am 17./18. November 2026 in Mainz

Digitale Öffentlichkeit verändert unsere Demokratie

Demokratische Meinungsbildung hat sich verändert. Das Internet, soziale Netzwerke, Messenger, Videoplattformen und Gaming-Communitys sind zu wichtigen Orten geworden, an denen Menschen Informationen aufnehmen, Zugehörigkeit erleben, Debatten führen und politische Positionen entwickeln. Gerade für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene prägen digitale Räume zunehmend die politische Sozialisation.

Die Sichtbarkeit von Informationen wird auf diesen Plattformen nicht allein durch ihre gesellschaftliche Relevanz bestimmt. Algorithmen, personalisierte Feeds, Social Bots und auf Aufmerksamkeit ausgerichtete Geschäftsmodelle beeinflussen, welche Inhalte Menschen im digitalen Raum auffinden. Verkürzte Botschaften, gezielte Manipulation und extreme Zuspitzungen erreichen mehr Reichweite als differenzierte Einordnung. Der digitale Raum ist somit stark geprägt von Desinformation und Emotionalisierung. Hassrede, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, antidemokratische Narrative und extremistische Erzählungen finden zunehmend Verbreitungswege, die ein würdevolles Miteinander und demokratische Verständigung erschweren.

Mit der rasanten Entwicklung künstlicher Intelligenz verschärfen sich Fragen nach Verlässlichkeit, Transparenz und Verantwortung. Synthetisch erzeugte Bilder, Stimmen und Texte können die Unterscheidung zwischen authentischen und manipulierten Inhalten erschweren. Die damit verbundenen Herausforderungen reichen weit über

technologische Aspekte hinaus: Wer trägt Verantwortung für die Gestaltung unserer digitalen Öffentlichkeit? Wessen Interessen und Perspektiven prägen die Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien? Und wie lassen sich Transparenz, demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Selbstbestimmung im digitalen Raum sichern?

Politische Bildung muss Urteilskraft und Teilhabe stärken

Eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die Informationen prüfen, unterschiedliche Perspektiven abwägen, Widerspruch aushalten und eigenständig urteilen können. Medienkompetenz bedeutet deshalb mehr als die sichere Nutzung digitaler Anwendungen oder das Erkennen von Falschmeldungen. Sie umfasst auch das Verständnis von Plattformlogiken, wirtschaftlichen Interessen und politischen Einflussmöglichkeiten. Zugleich braucht es die Fähigkeit zum demokratischen Dialog.

Politische Bildung hat hier einen klaren Auftrag. Dabei darf sie den digitalen Raum nicht ausschließlich als Gefahrenraum behandeln. Sie muss seine Chancen für Begegnung, Mitgestaltung und demokratisches Engagement erschließen. Dazu gehört, die Menschen in ihren digitalen Lebenswelten ernst zu nehmen, neue Zugänge und aufsuchende Formate zu erproben und digitale Erfahrungen mit persönlicher Begegnung zu verbinden.

Aus ihrem christlichen Menschenbild und der katholischen Soziallehre heraus stellt die AKSB die unveräußerliche Würde jedes Menschen, Solidarität, Gerechtigkeit und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt. Diese Werte und Maßstäbe gelten nicht nur im analogen Miteinander, sondern uneingeschränkt auch für das digitale Leben, das Internet und die sozialen Medien. Dass technischer Fortschritt am Menschen orientiert und menschliche Verantwortung gewahrt bleiben muss, hat auch Papst Leo XIV. in seiner Enzyklika „Magnifica humanitas. Über die Bewahrung des Menschen im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz“ deutlich gemacht.

Daraus folgt für unsere Arbeitsgemeinschaft: Technologische Entwicklungen sind am Menschen und seiner Würde auszurichten und dürfen nicht allein wirtschaftlichen Interessen und der Macht großer Technologiekonzerne unterliegen. Dafür braucht es rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, unabhängigen Journalismus und eine starke politische Bildung, die demokratische Urteilsfähigkeit stärkt, Medienkompetenz vermittelt und Menschen zu einer selbstbestimmten, verantwortungsvollen Teilhabe an der digitalen Gesellschaft befähigt.

Die AKSB entwickelt ihre Arbeit konsequent weiter

Die AKSB und ihre Mitgliedseinrichtungen setzen sich seit vielen Jahren mit den politischen, gesellschaftlichen und ethischen Dimensionen der Digitalisierung auseinander. Die Veranstaltungsreihe *mepodi – Medienbildung: politisch und digital* steht seit 15 Jahren für fachlichen Austausch und die kritische Auseinandersetzung mit digitalen Entwicklungen. Projekte wie *Gegen TrollTOPIA auf Social Media!* und *Reden wir Tacheles!* haben digitale Phänomene und ihre Auswirkungen auf Demokratie und gesellschaftliches Zusammenleben aufgegriffen.

In der 2025 neu gefassten Konvention hat die AKSB ihre gesellschaftlichen Bildungsaufgaben im Kontext der Digitalisierung weiter geschärft. Sie unterstreicht damit den Anspruch, Menschen zu einer selbstbestimmten und verantwortungsvollen Teilhabe an einer zunehmend digital geprägten Gesellschaft zu befähigen und sich für eine demokratische, menschenwürdige und gemeinwohlorientierte Gestaltung digitaler Lebenswelten einzusetzen. Dazu gehören die kritische Auseinandersetzung mit digitalen Machtstrukturen, die Stärkung von Medienkompetenz und demokratischer Urteilsfähigkeit sowie die Förderung eines respektvollen und diskriminierungsfreien gesellschaftlichen Diskurses.

Mit der Jahrestagung „Die ‚Vierte Gewalt' im Fokus der politischen Bildung: Wie Medien um die Aufmerksamkeit und das Vertrauen von jungen Menschen kämpfen" am 16. und 17. November 2026 in Mainz führte die AKSB diese Auseinandersetzung fort. Fragen nach Glaubwürdigkeit, journalistischer Verantwortung, digitaler Meinungsbildung und den Medienwelten vor allem junger Menschen standen dabei im Mittelpunkt.

Bundesweite Zusammenarbeit als Grundlage der politischen Bildung der AKSB

Die Bundesweite Zusammenarbeit (BZA) bündelt die fachliche Expertise der rund 60 AKSB-Mitgliedseinrichtungen und macht sie für die Weiterentwicklung politischer Bildung nutzbar. Seit 2022 entwickeln Kolleg*innen aus den Einrichtungen in vier thematischen Schwerpunkten – „*Zukunft gestalten*", „*Demokratie stärken*", „*Solidarität entwickeln*" und „*Vergangenheit verstehen*" – gemeinsam innovative Bildungsangebote besonders für Jugendliche und junge Erwachsene. Sie bringen neue Erkenntnisse in die Bildungspraxis vor Ort und stärken den bundesweiten fachlichen Austausch und nachhaltigen Wissenstransfer.

Mit dem Beschluss auf der Mitgliederversammlung am 17. und 18. November 2026 in Mainz entwickelt die AKSB diese Bundesweite Zusammenarbeit für die Förderperiode

2028 bis 2033 strategisch weiter. Mit der Einrichtung eines künftigen fünften Schwerpunkts „*Medienkompetenz vermitteln*“ betont die AKSB die Bedeutung des digitalen Raums. Der neue Schwerpunkt soll Kompetenzen in unserem Netzwerk bündeln, Fachkräfte qualifizieren, pädagogische Ansätze weiterentwickeln und Erfahrungen aus der Praxis bundesweit zugänglich machen. Er ergänzt die bewährten Schwerpunkte der AKSB und verbindet Profilstärkung mit struktureller Kontinuität.

Damit rückt die AKSB die demokratische Gestaltung der digitalen Gesellschaft noch stärker in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Bildungsarbeit. Die Menschen in unserer Gesellschaft müssen in der Lage sein, das Geschehen in der digitalen Welt selbstbestimmt, verantwortungsvoll und demokratisch mitzugestalten. Dafür braucht es starke freie Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung, aber auch verlässliche Förderung und eine Politik, die politische Bildung als unverzichtbare demokratische Infrastruktur anerkennt.

Mainz, den 18. November 2026

wertevoll politisch bilden AKSB.de